

# Löwenstein-Forschungsverein e.V.

Elektronischer Informationsrundbrief zur Wirkung und Bedeutung der Löwenstein'schen Pausa  
Hrsg. von Irene Scherer, Welf Schröter – Ausgabe vom 29. November 2025 – (pdf-Version anbei)

- +++ **Tagungsbericht: Erinnerungskultur als zentrale Barriere gegen gesellschaftliche und politische Erfolge der extremen Rechten. Ein Rückblick auf die große Tagung mit Andreas Voßkuhle**
- +++ **Persönliche Gedanken zum aktuellen Stand unserer Demokratie-Diskussion innerhalb der regionalen Erinnerungskultur – Ein Beitrag von Welf Schröter**
- +++ **Lesetipp: Heimatkunde der anderen Art. Ein moderner Wegweiser zu Spuren des Nationalsozialismus in der Region Gäu-Neckar-Alb lädt zu eigenen Entdeckungsreisen ein. Ein Buch aus dem Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb**
- +++ **Hinweis auf die „Demokratie-Erklärung zum 80. Jahrestag der Befreiung durch die Alliierten und des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945“ des Löwenstein-Forschungsvereins e.V.**
- +++ **Die landesweite Jugendguide-Ausbildung 2026 startet – Anmeldung bis 11.1.26**
- +++ **Impressum / Datenschutz**

*Liebe Freundinnen und Freunde des Löwenstein-Forschungsvereins e.V.,*  
mit dem heutigen Informationsrundbrief laden wir ein zur Debatte über die Lage unserer Demokratie. Erinnerungskultur braucht Demokratie. Erinnerungskultur stärkt Demokratie. Ein umfangreicher Bericht über die Tagung des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb mit dem Hauptredner Andreas Voßkuhle, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, liefert der Demokratie-Diskussion neue Impulse. Bitte nehmen Sie sich Zeit für eine ruhige Lektüre. Lassen Sie die Argumente wirken. Werfen Sie zudem einen Blick in die „Demokratie-Erklärung“ des Löwenstein-Forschungsvereins e.V. Seien Sie willkommen.

- +++ **Tagungsbericht: Erinnerungskultur als zentrale Barriere gegen gesellschaftliche und politische Erfolge der extremen Rechten. Ein Rückblick auf die große Tagung mit Andreas Voßkuhle**

## **Tagungsbericht: Erinnerungskultur als zentrale Barriere gegen gesellschaftliche und politische Erfolge der extremen Rechten**

*Der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb (GSV GNA) lud für den 19. Oktober 2025 alle an Gedenk- und Erinnerungsarbeit Interessierten zu einer prominent besetzten Fachtagung nach Horb-Rexingen ein. Über 200 Personen folgten der Einladung und befassten sich in der Johanniterhalle mit dem Thema „Wirkungsmöglichkeiten von Gedenkstätten in der demokratischen Gesellschaft“.*

*Ein Tagungsbericht von Michael Mautner und Prof. Waltraud Pustal, Mitglieder des Löwenstein-Forschungsvereins e.V.*

Nach der Begrüßung durch Dr. Michael Walther, dem Vorsitzenden des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb, ergriff der Landrat des Landkreises Freudenstadt, Andreas Junt, das Wort. Er sprach den Ehrenamtlichen der Gedenkstättenarbeit seinen Dank aus und würdigte deren Beitrag bei der Verteidigung der Demokratie und deren Werte. Seiner Ansicht nach sei „Demokratie nicht einfach“, sie brauche „engagierte Bürger:innen“ zu ihrem Fortbestand. Junt warnte vor

Antisemitismus und stellte klar, dass wir „die Demokratie verteidigen, indem wir die Vergangenheit verstehen“. Damit werde Gedenkstättenarbeit zu einem „aktiven Beitrag für unsere Demokratie“. Gedenkstätten seien „Orte der Demokratie“. Er beendete sein Grußwort mit einem Zitat des Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer, der die Arbeit an der Vergangenheit als „Verantwortung in der Gegenwart“ begreift, „Wir sind nicht verantwortlich für das, was geschehen ist, aber verantwortlich, dass es nicht wieder geschieht.“

### **Zusammenfassung des gemeinsamen Vortrages von PD Dr. Rolf Frankenberger und Tim Fröhlich vom Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen: „Rechtsextremismus: Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit“**

In ihrem gemeinsamen Vortrag „Rechtsextremismus: Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen für die Gedenkstättenarbeit“ gingen PD Dr. Rolf Frankenberger und Tim Fröhlich vom Institut für Rechtsextremismusforschung an der Universität Tübingen auf die aktuelle Lage unserer Demokratie ein. In seinem Beitrag „Allgemeine Bedrohungen und ideologische Entwicklungen zur Bedrohung der liberalen Demokratie“ betonte Frankenberger, dass unsere Demokratie als bürgerliches Projekt aktuell bedroht sei. Er analysierte die Entwicklungen, die dazu führten, und schlussfolgerte, dass die Verteidigung des demokratischen Gemeinwesens als etwas Positives verstanden werden müsse. Er forderte in dieser Situation, ein Engagement „für etwas“: für Menschenrechte, für Grundrechte, für demokratische Werte. Als reine, negative Kritik bleibe das Engagement sonst wirkungslos bei denjenigen, die eigentlich erreicht werden sollen. Zu den Grundlagen seines Ansatzes benannte Frankenberger die Unterscheidung der „Extremen Rechte“ gegenüber dem „Konservatismus als Idee der politischen Ordnung“ in Anlehnung an Max Mannheimer. Frankenberger erinnerte an Mannheimers Darlegungen: Es gehe um die Wahrung und Stärkung von Tradition. Wandel müsse langsam und unter Beachtung historisch gewachsener Strukturen vorgehen. Die Einhaltungen demokratischer Entscheidungsprozesse seien wichtig. Die Prinzipien der liberalen Demokratie wie Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit müssten gewahrt werden.

In Anlehnung an Häussler beschrieb Frankenberger die „Extreme Rechte“ als Sammelbezeichnung für alle Akteure rechts des demokratischen Konservatismus. Zu den wesentlichen Eckpunkten des extrem rechten Denkens gehöre die Ablehnung des gesellschaftlichen und politischen Gleichheitsprinzips, die Ethnisierung und Kulturalisierung sozialer Problemlagen, die völkisch-nationalistische, rassistische, antisemitische Ausprägung und das Konzept einer autoritären Politik mit den Mitteln der Diskriminierung. – Nach Frankenberger sei das Vorgehen der neuen Rechten heute als Antwort auf den Misserfolg der NPD als damals etablierte Kraft Ende der 1960er Jahre zu verstehen.

Gemäß Frankenbergers Analyse versuchten neurechte Intellektuelle heute politische Deutungshoheiten zu erreichen, um darüber Wandel in ihrem Sinne zu forcieren. Es handele sich um ein strategisches Vorgehen, das durch Thinktanks gestärkt werde. In der Zeit davor (ab 1969) seien politische und gesellschaftliche Misserfolge wegen fehlender intellektueller und theoretischer Grundlagen zur Beeinflussung von Einstellungen eingetreten.

In einer weiteren Problemdiagnose wurde die Entwicklung von Strategien der neuen Rechten analysiert. Die Wissenschaftler wiesen darauf hin, dass die neue Rechte die Notwendigkeit sehe, minimale bzw. minimalistische Handlungsstrategien für alle Akteure der extremen Rechten zu finden. Eine kulturelle Hegemonie solle durch Metapolitik (Beeinflussung und Vorstrukturierung der Alltagserfahrung) geleistet werden. Dabei sei die Rolle von Provokation(en) zu erkennen, die durch gezielten Tabubruch versucht, öffentliche und mediale Aufmerksamkeit, Diskurse und Debatten entstehen zu lassen. Hinzu käme die Schaffung neuer, vor allem sprachlicher Gewohnheiten. Eine weitere Funktion habe die Selbstverharmlosung. Durch (fast) tägliche Stellungnahmen zu allen Themen soll der Einfluss auf den öffentlichen Diskurs geschaffen werden. Dabei ist die AfD der parlamentarische Arm. Diese Partei sei angetreten, den liberalen Konservatismus der CDU zu

zerstören. Sie verfolge die Strategie, alles zu kommentieren, verfolge Netzwerkstrategien. Das Muster ihrer Anpassung entspreche dem der NPD ausgangs des 20. Jahrhunderts.

Als Beispiel für die obige Aussage zu Provokationen wurde vom Institut das Thema „Remigration“ angeführt. Die AfD adressiere mit ansprechenden Postern die Lebenswelt von Kindern. Ein Plakat zeige Eis essende Kinder mit dem daneben stehenden Text: „Kids want Remigration“. Dieses Plakat wurde in den neuen Bundesländern verbreitet. Ein weiteres Beispiel stellen erinnerungskulturelle Schlussstrichforderungen dar. Hier erkennen die Forscher bereits eine deutliche allgemeine Zustimmung. Das Thema sei fast schon mehrheitsfähig. Strategisch kandidieren Rechtsextreme auch in Baden-Württemberg auf freien Listen – wie in anderen Bundesländern.

Aus dieser Analyse ergebe sich für die „Wirkungsmöglichkeiten von Gedenkstätten in der demokratischen Gesellschaft“ die Anforderung, diese Wirkungsmöglichkeiten neu zu reflektieren.

Tim Fröhlich ergänzte die Ausführungen von Prof. Frankenberger im Hinblick auf die „Erinnerung in der Erinnerungskultur“. Sie wird „als Resultat sozial-kultureller Praktiken“ verstanden, in denen verschiedenste Akteure Vergangenheit rekonstruieren, interpretieren und gesellschaftlich deuten. Dabei handele es sich:

- um einen gesellschaftlichen Aushandlungs- und Deutungsprozess;
- um keine hegemoniale Position historischer Faktizität;
- um Abhängigkeit von Erinnerungsinformationen;
- um Wandelbarkeit und Temporalität (siehe Entwicklung in Deutschland).

In der Erinnerungskultur haben sich vor allem zwei Schwerpunkte etabliert: Opfer und Orte. Ziel der neuen Rechten sei es, die Erinnerungskultur zu zerstören, denn diese verhindere, die Angebote der neuen Rechten anzunehmen.

Im Hinblick auf die Beziehung „Deutsche Erinnerungskultur und die Extreme Rechte“ vertritt Fröhlich die These: Die deutsche Erinnerungskultur sei die zentrale Barriere des gesellschaftlichen und politischen Erfolgs der extremen Rechten. In ihrem Vorgehen folge die neue bzw. extreme Rechte einem zumeist festen Schema: 1. Aneignung, 2. Veralltäglicung, 3. Narrative ändern (Gedenken an zivile Opfer), 4. Provokationen vor Gedenkstätten (regelmäßige Selbstverharmlosung), 5. Besetzung digitaler Räume.

Fröhlich leitet daraus Herausforderungen für die Gedenkstätten und Anforderungen ab wie etwa 1. Digitale Aufklärung, 2. Entwicklung von Schutzkonzepten, 3. Provokateure anzeigen und verklagen, 4. Dokumentation von Provokationen und deren öffentliche Kommunikation, 5. Beobachtung der Unterwanderung von Stiftungen durch die extreme Rechte, 6. Aufklärungsarbeit, 7. Vernetzung vor allem auch der kleinen Gedenkstätten.

### **Zusammenfassung des Vortrages von Professor Dr. Andreas Voßkuhle:**

#### **„Der Zustand der bundesrepublikanischen Gesellschaft – Möglichkeiten und Grenzen von Gedenkstättenarbeit für die Stärkung der Demokratie“**

In seinen fachlichen Erläuterungen sah Andreas Voßkuhle im gegenwärtigen Zustand der Demokratie „eine Vertrauenskrise in Deutschland“. Nur noch 23 % der Gesellschaft hätten eine positive Einstellung zur Demokratie. Dies stelle einen Vertrauensverlust dar. Der Zukunftspessimismus nehme zu: Es bestehe ein Wunsch nach Veränderung auch außerhalb des demokratischen Spektrums. Das Wachstum der AfD bedeute eine Abkehr von der Demokratie. Der Referent hob die Bedeutung der Gedenkstättenarbeit hervor und verwies dabei auf die Entstehung unserer Verfassung. Für Voßkuhle erbringe eine aktive Erinnerungskultur einen wichtigen Beitrag zur Demokratie. Dabei beschrieb der Vortragende Demokratie als einen Prozess, um den immer gerungen werde.

In der Parteiendemokratie sei die Veränderung im Wahlverhalten dramatisch. Dabei bezog sich der Verfassungsjurist für eine genauere Analyse auf die Sinusstudie mit ihren 10 Milieus als Gesellschaftsmodell. Diese 10 Milieus umfassen jeweils ca. 8 – 12 % der Bevölkerung. Gravierendste Veränderungen gäbe es im prekären Milieu. In der nostalgisch-bürgerlichen Mitte entwickle sich Verunsicherung durch die vielen Veränderungen. Dagegen zeige die adaptiv-pragmatische Mitte als modernes Milieu eine andere Haltung. Diese pragmatische Mitte wolle keine Ideologie. Es müsse aber alles funktionieren. Laut Voßkuhle bildeten die nostalgisch-bürgerliche Mitte und die adaptiv-pragmatische Mitte zusammen die „Stille Mitte“.

Im Ergebnis zeige sich, dass

- 8 bis 10 % der Wahlberechtigten als rechtsradikal zu werten sind,
- Mehr als 30 % bildeten die „Stille Mitte“. Die „Stille Mitte“ werde immer größer,
- 20 % stünden für Demokratie ein.

Bei der Wähleranalyse nach Zugehörigkeit zu bestimmten Milieus ergeben sich nach neuen Untersuchungen folgende Ergebnisse: Das prekäre Milieu zeigt 45 % AfD-Wählende, bei einer unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligung. Aus dem Arbeitermilieu wählen 38 % die AfD. Das nostalgisch-bürgerliche Milieu hat 37 % AfD-Wählende. Dieses Milieu möchte keine oder nur geringe Veränderungen und hat Angst vor Modernisierung, z.B. durch Digitalisierung. Das Milieu der adaptiv-pragmatischen Mitte zeigt 32 % AfD-Wählende, da sie einen funktionsfähigen Staat wünschen.

Professor Voßkuhle unterstreicht die beiden letztgenannten Milieus als „Stille Mitte“ der Gesellschaft. Seine wichtigste These lautet: Die „Stille Mitte“ werde entscheidend für den Fortbestand unserer Demokratie sein. Daraus ergibt sich für ihn als Konsequenz, dass das zentrale Ziel der Gedenkstättenarbeit sein muss, die „Stille Mitte“ für die Demokratie zurück zu gewinnen.

Dazu nennt Professor Voßkuhle eine Reihe von Vorschlägen:

- Auf die Sehnsucht nach „erneuerten Grundfesten“ in unsicheren Zeiten muss eingegangen werden.
- Der Staat muss „Sicherheit“ als soziale Sicherheit gewährleisten.
- Das Vertrauen in den Staat ist unabdingbar für das Funktionieren der Demokratie. Dies richte sich an alle demokratischen Parteien.
- Eine Modernisierung ist notwendig.
- Der Staat muss handlungsfähig bleiben (Beispiel Bundesbahn).
- Veränderung findet bei jeder und jedem selbst statt.

Auf die selbst gestellte Frage „Wen wollen wir durch ‚politische Bildung‘ erreichen?“ plädierte er dafür, Orte zur Selbstreflexion zu schaffen und zu nutzen. Gedenkstätten seien dazu gut geeignet. Die Orte müssten niedrigschwellige Angebote vorweisen. Es sei wichtig, Orte der „Teilhabe“ für alle zu ermöglichen.

Es reiche nicht aus „zu reden“, das Handeln sei wichtig. Dazu bedürfe es neuer Formen und Formate, die Beteiligung ermöglichen. Man müsse stärker auf die Zielgruppen eingehen. Als ein Fazit formulierte Andreas Voßkuhle in seinen Ausführungen den Appell, diejenigen zu erreichen, die sich von Demokratie abwendeten.

### **Zusammenfassung des Vortrages von Cornelia Siebeck, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Gedenkstätte „Topografie des Terrors“, Berlin: „Gedenkstätten als demokratische Lernorte“**

Nach aktuellem Stand gebe es ca. 300 Gedenkstätten, die durch öffentliche Mittel gefördert werden. Die Gründung von Gedenkstätten war nach dem Zweiten Weltkrieg anfangs schwierig und geschah zunächst oft auf Initiative von Opfern. Dabei wurde z.T. vor allem an Denkmale gedacht.

Ab ca. 1970 entstanden vor Ort Geschichtswerkstätten, die sich der Erkundung von NS-Verbrechen widmeten. Es kam zur Einrichtung von Tatorten als Gedenkstätten. Bis zum Beginn der 1980er Jahre bestand die Gedenkarbeit weitgehend im Besuch der Gedenkstätten, in der Annahme, dass ein Besuch schon Wirkung zeigen werde.

Cornelia Siebeck hob in diesem Zusammenhang die Leistungen von D. Garbe, dem langjährigen Leiter der Gedenkstätte KZ Neuengamme hervor. Er sei ein wichtiger Neuerer der Gedenkstättenarbeit gewesen. Garbe forderte und förderte, dass Gedenkstätten zu „demokratischen Lernorten“ entwickelt werden sollten. Er schrieb von einem „skandalösen Umgang mit dem NS-Erbe“, z. B. durch Umnutzung ehemaliger Tatorte von NS-Verbrechen in der Nachkriegszeit. Das Ziel der Gedenkstätten als demokratische Lernorte sollte „entdeckendes Lernen“ durch „Spurensicherung“ (selbst erarbeitet) sein. Dabei sollten Lernende zu einer „demokratischen Haltung“ finden können und sich zu selbstbestimmten, demokratischen Subjekten entfalten. Die „Betroffenheit“ über NS-Verbrechen wirke in uns als Gesellschaft fort. Wir leben in einer postnationalistischen Gesellschaft. Diese könne den Erkenntnisprozess stärken, selbst Subjekt im historischen Prozess zu sein.

In der Folgezeit entstand eine Landkarte von Gedenkstätten in ganz Deutschland. Ab den 1990er Jahren entwickelte sich ein Wandel der Gedenkstätten, ein Durchbruch und Erfolg der Aktivistinnen und deren bürgerschaftlichem Engagement. In den späten 1990er Jahren wurden immer mehr Gedenkstätten durch staatliche Maßnahmen unterstützt. Es wurde eine „Gedenkstättenkonzeption des Bundes“ formuliert. Diese stellte heraus, dass Gedenkstätten auf historischen Fakten basieren und an Menschen- und Bürgerrechten orientiert sein sollten. Als Aufgaben wurde unter anderem benannt die Aufklärung über NS-Verbrechen und Ermöglichung einer offenen Auseinandersetzung.

Cornelia Siebeck nannte als neue gegenwärtige Herausforderungen für Gedenkstättenarbeit die Angriffe durch rechtsextremistische Akteure, die physische Bedrohung von Mitarbeitenden, die Zunahme der gesellschaftlichen Polarisierung mit Folgen für die Wahrnehmung von Gedenkstätten. Die „freie Auseinandersetzung“ mit rechtsextremistischen Gruppen und Besuchenden werde zunehmend schwieriger. Aber auch die öffentliche Debatte über Gedenkstätten werde erschwert, weil die Voraussetzungen für einen Dialog in Frage gestellt würden.

Cornelia Siebecks Fazit lautete:

- Gedenkstätten sind eine Erfolgsgeschichte durch bürgerschaftliches Engagement.
- Die Orte und Mitarbeitenden müssen vor Angriffen geschützt werden.
- Das Andenken der Opfer muss verteidigt werden.
- Die Gedenkstätten als „demokratische Lernorte“ müssen bewahrt werden.

## **Zusammenfassung des Podiumsgesprächs**

**„Was ist möglich, was kann man tun, was sollte man neu probieren?“**

*Teilnehmende waren: Prof. Dr. Andreas Voßkuhle, Cornelia Siebeck, Sibylle Thelen (Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), Benjamin Merkt (Vorsitzender KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen), Paris Siaperas (Soziale Medien im GSV.GNA), Heinz Högerle (Gründungsvorsitzender des GSV.GNA). Moderation: Dr. Franziska Becker, Berlin.*

In der einleitenden Moderation nannte Frau Dr. Becker zwei wesentliche Probleme: Wie kann eine Gedenkstättenarbeit heute ohne Zeitzeugen aussehen? Wie können neue und jüngere Mitarbeitende gefunden werden, da die bisher Aktiven inzwischen selbst ausscheiden oder versterben? – Im Anschluss wurden Berichte aus der konkreten Gedenkstättenarbeit vorgetragen.

Benjamin Merkt erläuterte anhand von Beispielen, wie junge Menschen die Gedenkstätte in Hailfingen-Tailfingen durch eigene Aktion(en) als einen Ort des Lernens erleben. Die Kooperation mit einer Partnerschaftsschule ermöglichte ein örtliches Projekt: Vom Bahnhof Herrenberg wird der

Marsch der früheren Zwangsarbeiter zum Flugplatz Tailfingen-Hailfingen unternommen. Jede:r erhält den Namen des/der Zwangsarbeiter:in und gibt dadurch den Opfern einen Namen. Die Namen werden bei der Veranstaltung verlesen. Die Aktion wird dokumentiert. Als zweites Beispiel berichtete Merkt von der Baumpflanzaktion auf dem ehemaligen Gelände zur Erinnerung an die Opfer. Er nannte das konkrete Vorhandensein von Resten des Flugplatzes förderlich für Aktionen und Projekte, da diese ja einen konkreten Beleg für die ehemalige Funktion des Flugplatzes und seiner Entstehung durch Zwangsarbeit liefert. Das ließe sich nicht widerlegen. Auch die Ermittlung der Namen der Opfer sei ein zweifelsfreies Dokument über deren Existenz. Es bedarf zu derartigen Projekten der Bereitschaft von Schulen bzw. einzelnen, engagierten Lehrkräften und die Bereitstellung einiger, auch finanzieller Ressourcen.

In der Aussprache wurde über das Mindestalter von Schüler:innen für Projekte dieser Art gesprochen. Dabei sei die Beziehung zum Lehrplan wichtig; denn es bedürfe einiger, wesentlicher Vorkenntnisse über das Thema „NS-Zeit/Weltkrieg“. Im Unterricht werde das Thema in der 10. Klasse behandelt. Für Benjamin Merkt sei bei Workshops/Führungen mit Schüler:innen wichtig, dass ein Diskussionsraum geschaffen werde, in dem Jugendliche unbeeinflusst (von Schulnoten/Erwachsenen ) zu Wort kommen können. Für ihn habe auch die eigene Nahbarkeit Bedeutung, etwa durch Kleidung und Habitus, die eine Begegnung auf Augenhöhe für die Beteiligten ermögliche. Aber auch über die Grenzen des Verhaltens in einer Gedenkstätte müsse man sprechen. Dann sei angemessenes Verhalten zu erwarten. Die praktische und emotionale Ebene erleichtere es, um an Jugendliche heranzukommen. Faktenwissen allein genüge nicht: Die praktische Mitwirkung sei zentral: Ca. 500 Schüler:innen seien Teilnehmende beim „Weg der Namen“ in Tailfingen-Hailfingen. Den insgesamt 601 damaligen inhaftierten Opfern hätten die Schüler:innen eine Stimme gegeben. Die Pflanzaktion mit Schulen sei ein Beispiel für „entdeckendes Lernen“ und gehöre schon länger zum Handlungsansatz der Gedenkstättenarbeit in Tailfingen-Hailfingen.

Paris Siaperas, aus einer Familie mit Migrationsgeschichte, unterstrich, dass Menschen mit Migrationshintergrund einen anderen Zugang zur Erinnerungskultur benötigen als „Einheimische“. Für die heutige Generation brauche es eine Brücke zur Vergangenheit durch persönliche Erfahrung. Gegen Zeitnot helfe eine Schulpartnerschaft mit Schulen in der Nähe der Gedenkstätte. Die „Verbrechen vor Ort“ können als Lernorte genutzt werden.

In der Aussprache machte Siaperas deutlich, wie er mit Vorurteilen, Ignoranz, Antisemitismus und rechtsextremen Äußerungen durch migrantische Jugendliche umgehe: Klare Haltung einnehmen, deutliche Ablehnung von entsprechenden Äußerungen zeigen, aber ohne Verletzung der Jugendlichen; Auffordern zur offenen Auseinandersetzung mit den Äußerungen und möglichen Folgen für Betroffene.

Aus der Perspektive der Erfahrungen der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg ging Sibylle Thelen auf die Veränderungen der Gedenkstättenarbeit durch Digitalisierung und soziale Medien ein. Die moderne Gesellschaft sei eine der Superdiversität mit gravierenden Folgen für die Gedenkstättenarbeit. Eigene Videos und Beiträge in den sozialen Medien werden wichtiger. Hier sei die Kreativität der Schüler:innen gefordert. Sie verwies auf die Schülerwettbewerbe der Landeszentralen mit großen Teilnehmerzahlen und öffentlicher Resonanz. Am Ende benannte sie Gedenkstätten als „Seismographen der demokratischen Kultur“.

In seinem Statement forderte Prof. Voßkuhle dazu auf, ein arbeitsteiliges System aus ehrenamtlicher Arbeit und deutlicher staatlicher Förderung voranzubringen. Jedes Projekt der Gedenkstättenarbeit sei Demokratiearbeit mit dem Einsatz vor Ort als Grundprinzip. Seine Organisation habe ca. 2 500 Mitglieder und ca. zwei Millionen Euro pro Jahr für Projekte zur Verfügung. Damit werden sehr viele Vorhaben bundesweit pro Jahr durchgeführt. Er sprach sich für die Entwicklung eines Netzwerkes für die Verbindung der Gedenkstätten mit anderen, zivilgesellschaftlichen Organisationen der Menschenrechts- und Demokratiearbeit aus. Es seien auch einige große Gedenkstätten als „Leuchttürme“ mit guter Finanzierung nötig. Er empfehle in der gegenwärtigen Finanzlage der öffentlichen Kassen die Nutzung des Stiftungsbereichs. So

werde etwa für Stätten der bildenden Kunst ein um ein Vielfaches höherer Betrag von Sponsoren/Stiftungen gefördert als für Gedenkstätten. Hier ließen sich bestimmt mehr Finanzmittel generieren. Er ermutigte zur Suche nach Stiftungen als Sponsoren für die Arbeit der Gedenkstätten.

### **+++ Persönliche Gedanken zum aktuellen Stand unserer Demokratie-Diskussion innerhalb der regionalen Erinnerungskultur – Ein Beitrag von Welf Schröter**

*Es war ein großer Erfolg, dass der Gedenkstättenverbund prominente und qualifizierte Rednerinnen und Redner zu seiner gut besuchten Demokratie-Fachtagung am 19. Oktober 2025 nach Horb-Rexingen einladen konnte. Rund zweihundert interessierte Köpfe nutzten diese Chance. Chapeau dem Vorbereitungsteam! Doch gutes Lob verdient immer auch eine kleine Prise Salz für zusätzliche Reflexionen. Es war völlig richtig, die Verteidigung der Demokratie zum Thema zu machen. Was wir versäumten, war unsere eigene bessere Qualifizierung und Vorbereitung. Natürlich hat die Demokratie-Diskussion in der Region nicht mit der Tagung begonnen. Seit Jahren liegen Impulse, Statements, Dokumente mehrerer Akteure aus dem Gedenkstättenverbund zum Thema vor. Doch es ist nur in geringem Ausmaß gelungen, unseren gemeinsamen Diskussionsstand präziser zum Ausgangspunkt der Tagung zu machen. Mit welchem Demokratieverständnis haben wir im Vorfeld für die Tagung geworben? Auf welche Grundlagen trafen die Vortragenden beim Besuch vor Ort in der Region? Welche unterschiedlichen Akzente setzen wir in unserer Arbeit? Welche Antworten können Voßkuhle, Frankenberger und alle Vortragenden auf unsere lokalen Fragen geben? Warum haben wir im Vorfeld unsere Positionen nur wenig als Entrée des Diskurses öffentlich herangezogen? – Es gibt in unserer Erinnerungskultur noch viele Unklarheiten. Wir, die wir mehrheitlich zu den Nachkommen der Tätergenerationen gehören, müssen uns fragen, warum wir die Erinnerungskulturen der Nachkommen der Opfergenerationen nicht deutlicher von den Erinnerungskulturen der Nachkommen der Tätergenerationen unterscheiden? Wie verändert diese Differenzierung unseren Zugang zur Demokratie? – Wir sollten versuchen, uns im Nachgang zur Tagung deren Voraussetzungen bewusster zu machen. Ein wichtiger Gedanke wäre, sich zu verständigen, was wir mit dem Wort „Erinnerungskultur“ jeweils meinen. Klar ist, dass es nicht klar genug ist. (Welf Schröter)*

### **+++ Lesetipp: Heimatkunde der anderen Art. Ein moderner Wegweiser zu Spuren des Nationalsozialismus in der Region Gäu-Neckar-Alb lädt zu eigenen Entdeckungsreisen ein. Ein Buch aus dem Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb**

**Heimatkunde der anderen Art. Ein moderner Wegweiser zu Spuren des Nationalsozialismus in der Region Gäu-Neckar-Alb lädt zu eigenen Entdeckungsreisen ein. Mit einem Beitrag des Löwenstein-Forschungsvereins e.V. zur Löwenstein'schen Pausa**

In Gedenkstätten, in Orts- und Kreisarchiven, in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen gibt es Menschen, die sich oft seit vielen Jahren mit der jüngeren deutschen Geschichte beschäftigen. Diese Kenntnisse für einen Wegweiser zu ganz unterschiedlichen Orten und Personen zu nutzen, hatte sich der Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb vor einiger Zeit als Aufgabe gestellt. Jetzt liegt das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit vor. Von Gäufelden im Norden bis Spaichingen im Süden, von Burladingen im Osten bis zur Schwarzwaldhochstraße im Westen werden in 51 Artikeln Geschichtsorte vorgestellt, die für die Zeit der NS-Diktatur und deren Behandlung in der Nachkriegszeit stehen. Alle Artikel sind reich bebildert, haben einen kurzen Überblickstext, eine Zusammenfassung, was man besichtigen kann und eine Anfahrtskarte, wie man den jeweiligen Ort erreicht. Die meisten Artikel geben auch Literaturhinweise zur vertiefenden Beschäftigung. Besonders hilfreich ist eine ausklappbare Karte im Umschlag des Buches, die einen Überblick über alle Orte mit Kapitelnummern gibt. Der handliche Band ist fadengeheftet und dadurch auch für den Gebrauch unterwegs gut gerüstet. Der günstige Preis des Werks wurde möglich durch die Förderung von vier Landkreisen und zwei Stiftungen.

*Verbrechen. Volksgemeinschaft. Widerstand. Ein Wegweiser zu Spuren des Nationalsozialismus in der Region Gäu-Neckar-Alb. 264 Seiten. Durchgehend vierfarbig, fadengeheftet. 16 Euro. ISBN 978-3-7801-1030-5. Im Buchhandel und in den Gedenkstätten der Region wie auch beim Löwenstein-Forschungsverein erhältlich. Versand zzgl. Porto. Bestellungen an die Mailadresse: [verein@loewenstein-forschungsverein.de](mailto:verein@loewenstein-forschungsverein.de)*

**+++ Hinweis auf die „Demokratie-Erklärung zum 80. Jahrestag der Befreiung durch die Alliierten und des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945“ des Löwenstein-Forschungsvereins e.V.**

Die Mitgliederversammlung des Löwenstein-Forschungsvereins e.V. hat in einem einstimmigen Votum ihre „Demokratie-Erklärung“ verabschiedet. Der Wortlaut ist zu finden unter:

<https://www.initiative-loewensteinverein.de/wpc/index.php/2025/05/05/demokratie-erklaerung/>  
(Wenn sich der Link nicht öffnet, bitte den gesamten Link kopieren und in die www-Zeile ablegen. Dann klappts.)

**+++ Die landesweite Jugendguide-Ausbildung 2026 startet – Anmeldung bis 11.1.26**

Die kostenfreie Ausbildung für junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren, die von der Landeszentrale für politische Bildung und der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten Baden-Württemberg veranstaltet wird, beginnt im Februar 2026. Anmeldungen sind jetzt möglich. Die Ausbildung besteht aus vier Modul-Wochenenden von Freitagabend bis Sonntagmittag. Die Ausbildung startet mit dem Fachmodul mit Themen wie Nationalsozialismus etc. vom 6. bis 8. Februar 2026, Haus auf der Alb, Bad Urach. Darauf folgt das Didaktikmodul (Führungen, Recherchieren, Medieneinsatz etc.) vom 6. bis 8. März 2026, Haus auf der Alb, Bad Urach. Alternativ gibt es das das Praxismodul „KZ-System“ (vom 8 bis 10. Mai 2026 in der Jugendherberge Offenburg) mit Besuch in der KZ-Gedenkstätte Natzweiler oder das Praxismodul „Jüdisches Leben“ (vom 12. bis 14. Juni 2026 im Pädagogisch kulturelle Zentrum, ehemalige Synagoge Freudental). Angehende Jugendguides können jedoch auch beide Praxismodule belegen. – Weitere Infos unter: [www.gedenkstaetten-bw.de/jugendguides](http://www.gedenkstaetten-bw.de/jugendguides)  
Die Anmeldung zur Jugendguide-Ausbildung ist bis spätestens 11 Januar 2026 möglich bei: [Cornelius.Kueckelhaus@lpb-bwl.de](mailto:Cornelius.Kueckelhaus@lpb-bwl.de)

Mit freundlichen Grüßen  
Irene Scherer, Welf Schröter  
Herausgebende des elektronischen Informationsrundbriefes  
zur Wirkung und Bedeutung der Löwenstein'schen Pausa  
[scherer@talheimer.de](mailto:scherer@talheimer.de)  
[schroeter@talheimer.de](mailto:schroeter@talheimer.de)

**+++ Impressum / Datenschutz**

**Newsletter bestellen und abbestellen**

Der Bezug des unregelmäßig erscheinenden Informationsrundbriefes ist gebührenfrei. Wir dürfen Sie bitten, diese Mailingliste auch Freunden und Bekannten, Kolleginnen und Kollegen weiter zu empfehlen. Sie können uns gerne weitere E-Mail-Adressen von Interessentinnen und Interessenten zukommen lassen. Wer den elektronischen Rundbrief nicht mehr erhalten will, sende folgenden Text an die Mail-Adresse [schroeter@talheimer.de](mailto:schroeter@talheimer.de):

*Bitte die Adresse ..... @..... aus dem Verteiler streichen.*

Postadresse: Löwenstein-Forschungsverein e.V., c/o Irene Scherer, Welf Schröter –  
Herausgebende –, Rietsweg 2, D-72116 Mössingen-Talheim, fax 07473-24166, Telefon mit  
Anrufbeantworter 07473-22750.

Bezieher/innen des Newsletters am 29.11.2025: Anzahl 508.

### **Datenschutz**

Die Redaktion des „Elektronischen Informationsrundbriefs zur Wirkung und Bedeutung der Löwenstein'schen Pausa“ nimmt den Schutz und die Sicherheit der persönlichen Daten der Newsletter-BezieherInnen sehr ernst. Der Rundbrief stellt eine ideelle kostenfreie und nichtkommerzielle Information dar. Elektronisch wird ausschließlich die Mail-Adresse verarbeitet. Namen, Adressen oder ähnliche Angaben werden elektronisch nicht in die Mailingliste aufgenommen. Die Mailadressen dienen ausschließlich der Zweckbindung des Newsletterversandes. Die Löschung der Mail-Adresse aus dem Mailverteiler ist zu jeder Zeit auf Wunsch möglich. Die Aufnahme der Mailadresse in den Mailverteiler erfolgt auf proaktiven Wunsch per E-Mail oder durch Eintragung in eine papierene Liste im Rahmen von Veranstaltungen oder Vorträgen. Die Mailadressen werden nicht an Dritte weitergeleitet. Die Mailadressen werden nicht mit Social Media-Anwendungen verknüpft. Es finden keine weiteren Auswertungen der Daten statt. Die technische Verwendung der Mailadresse erfolgt mit Hilfe der Software „Mailman“, die in gesicherter Umgebung des Providers technisch gepflegt wird. Ein Auftragsverarbeitungsvertrag nach BDSG und eine spezielle TOM-Liste (technisch-operative Maßnahmen) regeln die Details. Zugriff auf die Mailingliste haben ausschließlich die Herausgeber des Newsletters. In technischen Notfällen kann der technische Administrator des Providers die Daten sichern. Die Dokumentation der Mail-Adressen erfolgt durch eine Sicherheitskopie der gesamten Mailingliste.